

Sonntags-Thema

«Wenn das Thema Griechenland durch ist, kommt das nächste Land an die Reihe»

Der deutsche Starökonom Heiner Flassbeck, ehemals Chefökonom der UNO-Entwicklungsorganisation Unctad, warnt vor der Wirtschaftspolitik seines eigenen Landes. Deutschland werde bald Italien oder Frankreich zu Reformen drängen

Niklaus Vontobel

Die EU hat Griechenland de facto ein Ultimatum gestellt. Kommt es nun zum Grexit?

Heiner Flassbeck: Ich weiss es auch nicht. Da sind politische Mechanismen am Werke, die mit der ökonomischen Vernunft schon lange nichts mehr zu tun haben. Aber man wird sich vermutlich auf weitere Austerität einigen.

Was für Mechanismen meinen Sie?

Heiner Flassbeck: Eben die Austeritätspolitik, die Deutschland Griechenland und ganz Europa seit Beginn der Krise aufzwingt.

Austerität bedeutet doch bloss, dass man nicht mehr ausgibt, als man einnimmt. Was soll daran falsch sein?

Heiner Flassbeck: Nein, Austerität bedeutet, dass alle versuchen, weniger auszugeben, als sie einnehmen, also zu sparen. Das kann nicht funktionieren. Griechenland braucht Luft zum Atmen, damit es wieder auf die Beine kommen kann. Niemand sollte das besser verstehen als Deutschland. Doch die deutsche Regierung kennt offenbar die eigene Geschichte

nicht.

Es hat doch kaum ein Land seine Geschichte gründlicher aufgearbeitet.

Heiner Flassbeck: Offenbar nicht. Nach dem 1. Weltkrieg forderten die Alliierten von Deutschland Reparationszahlungen, wollten aber Deutschland keinen Leistungsbilanzüberschuss erlauben. Dass dann die Reparationszahlungen unmöglich waren, verstehen wir heute immer noch nicht. Denn wir fordern von den Defizitländern, sie sollen Überschussländer werden, wollen aber die eigene Überschussposition nicht aufgeben.

Das ist lange her.

Heiner Flassbeck: Es ist aber absolut relevant für die Eurokrise, denn sie beruht exakt auf dem gleichen Fehlschluss. Wenn man aber einen solchen logischen Fehler macht und auf seiner Position beharrt, dann führt das zu einer explosiven Situation.

Die EU braucht Reformen. Deutschland hat vorgemacht, wie es geht. Davon sollte Griechenland lernen.

Heiner Flassbeck: Die ganze Welt muss täglich reformiert werden. Es gibt zum Beispiel ein Land in der Welt, das nicht imstande ist, einen Flughafen in seiner Hauptstadt zu bauen. Das muss dringend reformiert werden. Es heisst Deutschland. Es gibt kein Land, das sich nicht verbessern könnte. Das alles hat rein gar nichts mit den wirklichen Problemen der Währungsunion zu tun.

Die da wären?

Heiner Flassbeck: Deutschlands Billiglohn-Politik vor allem. Währungsunion heisst, jeder muss entsprechend seinen Verhältnissen leben. Griechenland hat über seinen Verhältnissen gelebt, Deutschland darunter. Beides ist gleich falsch, aber Deutschland ist viel wichtiger.

Wie das?

Heiner Flassbeck: Es hat politischen Druck auf die Löhne gemacht und sich so im Export einen Preisvorteil verschafft. Deutschlands Binnenmarkt hat das zwar nichts gebracht. Er stagniert seit vielen Jahren, aber im Export konnte Deutschland seine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Euroländern voll ausspielen. Die Folge: Die privaten Haushalte geben viel weniger Geld aus, als sie einnehmen, die Unternehmen und der Staat sparen ebenfalls ...

... das sind eben die Tugenden der berühmten schwäbischen Hausfrau.

Heiner Flassbeck: Dumm nur, dass irgendjemand den deutschen Überschuss an Gütern kaufen muss. Derjenige, der das tut, muss sich verschulden. Anders geht es nach den Regeln der Logik nicht. Es kann einer nur erfolgreich sparen, wenn ein anderer sich verschuldet. Deutschland braucht in diesem Jahr über 200 Milliarden neue Schulden des Auslandes, damit es ganz leicht wachsen kann. Sind die Schuldner überschuldet, heisst es aus Deutschland: Ihr seid schuld an der Misere! Los, los: reformiert, spart, damit ihr eure Schulden zurückzahlen könnt.

Deutschland will doch bloss, dass die Regeln eingehalten werden. Griechenland hat krass dagegen verstossen. Mit Bilanzfälschungen etwa.

Heiner Flassbeck: Deutschland hält sich leider selber überhaupt nicht an die Regeln. Die deutsche Billiglohn-Politik war der krasseste Verstoss gegen die Funktionsbedingungen der Währungsunion, den man sich vorstellen kann. Zudem gibt es beispielsweise eine Regel, wonach ein Land nicht länger als drei Jahre einen Leistungsbilanzüberschuss von mehr als 6 Prozent haben darf. Dagegen hat Deutschland verstossen. Da kräht aber kein Hahn danach. Griechenland hingegen muss

nun unbedingt reformiert werden. Und wenn dieses Thema durch ist, kommt das nächste Land an die Reihe.

Sie spielen auf andere Südstaaten an.

Heiner Flassbeck: Spanien, Portugal, Italien finden nicht aus der Krise. Aber es kriselt fast überall in Europa. Frankreich, Finnland oder die Niederlande haben ebenso gewaltige Probleme. Austeritätspolitik funktioniert eben nirgendwo.

Nach Griechenland werden diese Länder zu Reformen gedrängt?

Heiner Flassbeck: Ja, klar, dann ist vielleicht Italien oder Frankreich an der Reihe. Vor sechs Monaten war Frankreich bereits in der deutschen Schusslinie. Das ist durch die neue Griechenlandkrise bloss in den Hintergrund getreten.

Frankreich lässt sich nicht mit Griechenland vergleichen.

Heiner Flassbeck: Doch. Frankreich ist zwar das einzige Land, das entsprechend seinen Verhältnissen gelebt hat, aber es ist durch die deutsche Billiglohnpolitik trotzdem in eine Schieflage geraten. In China etwa haben deutsche Autos die französischen aus dem Markt gedrängt.

Frankreich oder Italien haben ein anderes politisches Gewicht.

Heiner Flassbeck: Das ist richtig, sie nutzen es aber zurzeit nicht, sondern machen die deutsche Politik mit. Würden sich Frankreich, Italien oder Spanien offen gegen die deutsche Provinzpolitik stellen, hätten wir eine andere Situation. Aber dafür müssen die dortigen Politiker verstehen, auf was sie sich mit der Währungsunion bei deutschem Lohndumping eingelassen haben.

Zurzeit konzentrieren sich alle darauf, die Probleme in Griechenland zu lösen. Das Land muss besser haushalten.

Heiner Flassbeck: Trotzdem hat die Austeritätspolitik versagt, denn die Staatsschulden im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind gestiegen, nicht gesunken. Die Troika verabreicht die falsche Medizin, und das schon seit 2010. Der Zustand des Patienten hat sich dramatisch verschlechtert, und für eine Besserung gibt es keinerlei Anzeichen. Dennoch pocht man auf eine Fortsetzung dieser Politik.

Sie übertreiben. Es dauert bloss länger, bis die Reformen greifen.

Heiner Flassbeck: Das Bruttoinlandprodukt pro Kopf ist in Griechenland schon um etwa ein Drittel gefallen. Die Arbeitslosigkeit liegt über 25 Prozent, es soll aber weiter gespart und gekürzt werden. Das ist mehr als absurd. Die Mehrheit der Ökonomen warnt zu Recht davor.

Griechenland hat bisher die notwendigen Reformen vermissen lassen. Darauf hat auch der deutsche Vize-Kanzler Sigmar Gabriel hingewiesen.

Heiner Flassbeck: Seine Aussage ist unsäglich und falsch. Niemand hat mehr reformiert als Griechenland. Die Lohnkosten sind um fast 30 Prozent absolut gesunken, die Renten wurden drastisch gekürzt. Die Staatsausgaben wurden zusammengestrichen. Griechenland hat einen Reformeifer gezeigt wie kein anderes Land Europas. Heute dennoch zu sagen, Griechenland müsse endlich Reformen umsetzen, hat nichts mit den Fakten zu tun. Es ist zynisch gegenüber den Menschen, die diese Reformen durchlitten.

Ohne Sparpolitik kann Griechenland seine Schulden nicht zurückbezahlen. Darauf zu beharren, ist Deutschlands gutes Recht als Gläubigerland.

Heiner Flassbeck: Mit Sparpolitik ist es noch viel weniger wahrscheinlich, dass die Schulden zurückgezahlt werden. Es

bringt nichts, auf rechtlichen Forderungen zu beharren, die ökonomisch nicht erfüllbar sind.

Warum hält Deutschland dennoch an der Austeritätspolitik fest?

Heiner Flassbeck: Weil sie zu einem Dogma geworden ist. Finanzminister Wolfgang Schäuble klammert sich seit Ausbruch der Krise daran, weil er nichts anderes kennt. Schon 2011 bezeichnete er die Austeritätspolitik als das einzige Heilmittel. Nach allem, was geschehen ist, kann er nicht zugeben, dass er sich geirrt hat.

Was müsste Deutschland nun tun?

Heiner Flassbeck: Es muss seinen Merkantilismus aufgeben und seine Leistungsbilanzüberschüsse abbauen. Der Rest von Europa hat sich bei Deutschland jahrelang verschuldet. So hat Deutschland Guthaben angehäuft, die nun wieder abgebaut werden müssen. Deutschland muss mehr ausgeben, als es einnimmt, und so den anderen die Chance geben, ihre Schulden zu reduzieren. Zumindest für die nächsten zehn Jahre.

Was, wenn Deutschland nicht umdenkt.

Heiner Flassbeck: Dann ist das Europa, das wir kennen, am Ende. Dann drohen Nationalismus und Kleinstaaterei mit allen negativen Folgen, wirtschaftlich und politisch.

Schweiz am Sonntag, 12. Juli 2015